

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinseite 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 44

Sonnabend, den 31. Oktober 1925

29. Jahrgang

Gewerkschaften — Behörden — Unternehmer.

Die Aussprache zwischen dem Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, und dem Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Dr. Sighler, über die Niedrighaltung der Lebensbedingungen der Arbeiter durch behördliche Mitwirkung hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die grundsätzliche Bedeutung des Schlichtungswesens gelenkt. Die Antworten des Reichsarbeitsministers und des Herrn Sighler an die Gewerkschaften bringen hierzu keine Lösung, sie berühren vielmehr das Problem fast gar nicht, während die Behauptungen von Dr. Meißinger durch die „Rechtfertigung“ des Dr. Sighler tatsächlich bestätigt werden. Alles Abstreiten würde an sich auch nichts nützen, da den Arbeitern die Tatsachen der Vergangenheit genügend deutlich zeigen, wie die Dinge laufen. Daß es in Zukunft besser werden wird, ist mehr als fraglich. Für die Arbeiterbewegung ist es jedenfalls nützlich, sich zu überlegen, ob Behörden in der Lage sind, im Regelfalle die Gesamtschlichtungen über Arbeitsbedingungen befriedigend zu erledigen.

Das gegenwärtige Schlichtungswesen gründet sich auf die Verordnung vom 30. Oktober 1923 nebst Ausführungsverordnungen. Diese sind erlassen worden auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Hierbei haben die Gewerkschaften keine Gelegenheit bekommen, an der Gestaltung mitzuwirken. Die Reichsregierung im allgemeinen und das Reichsarbeitsministerium im besonderen tragen die alleinige Verantwortung. Ueber den Aufbau der Schlichtungsinstanzen und ihre Aufgaben erübrigen sich nähere Angaben, da hierüber genügend Kenntnisse bei den Lesern vorhanden sein werden. Der Charakter des Schlichtungswesens wird bestimmt durch den § 7 der vorgenannten Verordnung, der folgenden Wortlaut hat: „Der Reichsarbeitsminister kann für die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Schlichter allgemeine Richtlinien erlassen. In ihrer Entschliessung im Einzelfalle sind Schlichtungsausschüsse und Schlichter unabhängig und nicht an Weisungen gebunden.“

Der zweite Satz hebt theoretisch den ersten Satz auf, praktisch wird jedoch der zweite Satz durch den ersten Satz aufgehoben. Das bedeutet, daß die „unparteiischen“ Vorstehenden und die „unparteiischen“ Schlichter unter dem Kommando des Reichsarbeitsministers bzw. seines Gehilfen, des durch diese Funktionen „allmächtigen“ Herrn Sighler stehen. Hieraus erhellt auch die durch die Natur der Dinge gegebene katastrophale Bedeutung der nunmehr beherrschten „Arbeitsnot“.

Matow sagt in der Anmerkung zu dem genannten Paragraphen (Matow/Joachim „Die Schlichtungsverordnung“ Seite 53/54): „Die Richtlinien bedeuten rechtlich keine Bindung der Schlichtungsbehörde, doch dürften der Vorsitzende des Schl.-A. und der Schlichter für verpflichtet zu halten sein, an ihnen grundsätzlich nicht vorbeizugehen, sich vielmehr für sie in ihrer Tätigkeit einzusetzen. — In der jederzeitigen Abberufbarkeit der Schl.-A.-Vorstehenden, Schlichter und Weisiger liegt die Möglichkeit starken behördlichen Einflusses auf die Schlichtungsbehörden.“ Das ist sehr vorsichtig zum Ausdruck gebracht, aber doch sehr deutlich das Eingeständnis, daß wir in Deutschland kein Schlichtungswesen, sondern eine Art behördlicher Festsetzung der Arbeitsbedingungen haben.

In einer solchen Regelung liegt immer eine Gefahr, die noch dadurch verstärkt wird, daß diese Instanzen ja auch das Recht der Verbindlichkeitserklärung, also der Schaffung von Zwangstarifen haben. Ist nun eine Arbeitergruppe schwach, dann findet sie nicht die Beachtung derartiger Schlichtungsbehörden, ist aber eine Gruppe stark, dann wird dieselbe Behörde versuchen, durch Schaffung eines Zwangstarifes trotzdem die Lebenshaltung auch dieser Schicht möglichst niedrig zu halten. Natürlich geht auch hier der Krug nur solange zum Brunnen, bis er bricht, aber das genügt, um den Zweck weitgehend zu erreichen. Jede Behörde steht oder handelt freiwillig im Dienste der herrschenden Schicht, die Schlichtungsbehörde macht hierin so wenig eine Ausnahme, wie der Reichsarbeitsminister selbst. Eine böse Absicht braucht dabei gar nicht vorhanden zu sein, es gibt ja auch eine subjektive Objektivität, das heißt, man kann so im Banne der herrschenden Schicht stehen, daß man sich ehrlich einbilden mag, gerecht zu sein und doch einseitig ist.

Diese Tendenz wird wesentlich gestärkt durch die Quellen, aus denen die Behörden ihre Kenntnisse über „die Wirtschaft“ erlangen. Die vielen Unternehmervereinigungen, Handelskammern usw. überreichen die Behörden mit „Material“ über den „Stand“ der Wirtschaft. Die herrschende Unternehmerrasse tut das übrige. Praktische Wirtschaftskennntnisse haben die Behördenvertreter nicht. Die Gewerkschaften können nicht mit so zahlreichem Material dienen oder dasselbe wird nicht beachtet. Wie sollen auf diese Weise die Behörden entscheiden können, was die Wirtschaft „tragen“ kann oder was der Arbeiter zum Leben haben muß. So werden im Banne der kapitalistischen Wirtschaft Schiedssprüche gefällt, die in keiner Weise die tatsächlichen Verhältnisse der Wirtschaft, sondern stets nur das künstliche Bild, das der Unparteiische von der Wirtschaft hat, wiedergeben. Wenn selbst ein Unparteiischer die Zusammenhänge wirklich erkennt, dann ist er durch die „Richtlinien“ an Händen und Füßen gebunden. Immer entsteht so ein Zerrbild, das stets zu Ungunsten der Arbeiter ausfällt. Entweder die Arbeiter fügen sich dann, weil sie nicht kämpfen können. Oder die Arbeiter streifen und bewegen dadurch den Schlichter oder den Vorsitzenden zu einem geringen Entgegenkommen. Der Schlichtungszweck, Wirtschaftskämpfe zu vermeiden, wird dann auch noch illusorisch.

Aus alledem ergibt sich, daß das geltende Schlichtungswesen in die gegenwärtige Zeit nicht mehr paßt. Während der Inflation war dieses Schlichtungswesen ein notwendiger Befehl. Bei einer stabilen Währung müssen die Arbeiter andre Mittel anwenden. Hierauf ist schon früher hingewiesen worden, beispielsweise in der Gewerkschaftszeitung 1925, Seite 225, und in dem Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1924, Seite 92. Was an diesen Stellen geschrieben worden ist, soll hier nicht wiederholt werden, dagegen ist jedem Gewerkschafter dringend zu empfehlen, diese Ausführungen nachzulesen.

Vielen Arbeitern ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, daß man stets den Schlichtungsausschuss anrufen kann. Viel zu wenig wird beachtet, daß unter allen Umständen versucht werden muß, wieder zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Unternehmervereinigung und mit dieser zu einem Resultat zu kommen. So gut oder so schlecht wie das Schlichtungsergebnis ist das Ergebnis der freien Verhandlungen auch. Die Forderungen, die in freien Verhandlungen nicht durchzusetzen sind, werden vor den

Schlichtungsinstanzen bestimmt nicht anerkannt. Vor allem müssen die Arbeiter wieder die Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen schaffen. Es ist also dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter oder wenigstens die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder ein Schlichtungswesen kann die fehlende Macht erleben. Der Wille, zu freien Verhandlungsergebnissen zu kommen, muß wieder vorherrschend werden.

Die Unternehmer und die Arbeiter bzw. die Unternehmervereinigungen und die Gewerkschaften haben die Wirtschaftskennntnisse. Sie sind die Faktoren, die die Arbeitsbedingungen und die Wirtschaftsbedingungen miteinander zu regeln haben. Was nützt die Anerkennung der Vereinigungen und ihrer Vereinbarungen durch den Staat, wenn doch die Behörden die Arbeitsbedingungen bestimmen. Hieron müssen die Gewerkschaften loskommen und ihre Aufgabe, autonomes Recht zu schaffen, wieder selbständig erfüllen. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, darüber ist sich jeder Einseitige klar, aber es muß ernsthaft erstrebt werden. Solange müssen wir die unzulänglichen Schlichtungsinstanzen, die wir gegenwärtig haben, noch in Kauf nehmen.

Das Schlichtungswesen muß seines Behördencharakters entkleidet werden. Wir müssen zu einem System von Unparteiischen kommen, die wirklich unparteiisch sind. Solche Personen dürfen vor allem die Schlichtung nicht als Beruf ausüben. Es müssen Personen sein, die in einer unabhängigen Stellung sind und die sich der Achtung aller Volksgenossen erfreuen. Wir hatten einmal wenig derartige Männer, wie Freiherr von Berlepsch, Professor Franke, Magistratsrat von Schulz. Dieselben haben die Parteien, die sich nicht einigen konnten, geladen und ihnen dann freie Hand gelassen. Die Achtung ging seitens der Parteien soweit, daß sie, gewissermaßen nur im Beisein des Unparteiischen, trotzdem zu einem freien Verhandlungsergebnis gekommen sind. Das nennt man Schlichtung; was wir gegenwärtig haben, ist weiter nichts als ein behördlicher Lohnfestsetzungsapparat. Die Selbstverwaltung der Parteien des Arbeitsrechts ist das Ziel, das wir erstreben, nicht die behördliche Bevormundung, an der wir allerdings selbst schuld sind. Das sollte endlich in weiten Arbeiterkreisen eingeleitet und beherzigt werden. Es ist zwecklos, an dem gegenwärtigen Schlichtungswesen herumzunörgeln und es doch in allen Fällen zu benutzen, ohne auch nur zu versuchen, ob es nicht auch anders und besser geht.

Was man auf Grund seiner eigenen Stärke in freien Verhandlungen errungen hat, das wird der einzelne Arbeiter viel mehr schätzen, als was eine Behörde gewissermaßen berufsmäßig gibt. Dadurch werden auch die unorganisierten Arbeiter am schnellsten den großen Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften wieder erkennen. Hierauf sollte in allen Versammlungen eindringlich hingewiesen werden. Das Aufheben solcher Ausprüche hat gar keinen Zweck, denn wir kommen doch nicht darum herum, mit Schlichtungsbehörden, sondern freie Verhandlungen, muß unsre Parole sein. Anders kann sich die Gleichberechtigung der Arbeiterkraft, die im Kollektivismus begründet ist, nie auswirken. Also streben wir durch Agitation und Organisierung unter den heute der Gewerkschaftsbewegung noch fernstehenden Klassenmitgliedern mit Energie diesem Ziele zu. Wenn aus der „Arbeitsnot“ über das Gespräch der Herren Meißinger und Sighler diese Erkenntnis der Arbeiterbewegung schneller als es sonst der Fall gewesen wäre erwächst, dann war auch dieser Plan, die Arbeiter in ihrem Aufstieg zu hemmen, nur ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. npl.

Von der Berufskrankheit und den Berufsgefahren der Steinarbeiter.

V. (Schluß.)

Bedarf es zu den Erfahrungsergebnissen, die wir in den vier vorhergehenden Artikeln über die Berufskrankheit der Steinarbeiter veröffentlicht haben, noch einer besonderen Beweisführung in der Hinsicht, daß auch Ärzte, Hygieniker und Sozialpolitiker die Staubeinwirkungen bei den Steinarbeitern als tatsächliche Gewerbekrankheit ansehen?

Bedarf es noch einer weiteren Beweisführung für die in der Gesetzgebung maßgebenden Kräfte, daß es ihre staatliche, volkswirtschaftliche und menschliche Pflicht ist, den von der Berufskrankheit erfassten Steinarbeitern die paar Lebensjahre zu erleichtern? Und Vorkehrungen zu treffen, um die Wirkung der Staubeinwirkung abzuwehren?

Bedarf es noch einer Nachweisung, daß die für die Sozialpolitik in Deutschland verantwortlichen Männer samt ihren ärztlichen Ratgebern, es der Volksgemeinschaft gegenüber wohl verantworten können, wenn Maßnahmen im Sinne der geschädigten Steinarbeiter ergriffen werden?

Bedarf es endlich noch der Nachweisung, daß die deutsche Natursteinindustrie die eventuelle Belastung des verstärkten Steinarbeitergeschlechtes tragen kann?

Die Antwort auf die vorstehenden Fragen lautet: Ja! und Nein! Die Verneinung trifft zu, einmal für die gesamten deutschen Steinarbeiter und dann für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, weil sie im praktischen Leben den Berufsfolgen mehr Einsicht allgemein entgegenbringen wie andere Sterbliche. Für die Steinarbeiter kommt hinzu, daß sie seit Jahrzehnten durch ihre gewerkschaftliche Organisationsvertretung immer und immer wieder das Problem der Berufsgeschäden aufgerollt haben; allerdings ohne einen entscheidenden Schritt in der Lösung weiterzukommen. Gewiß, es haben Beratungen und Untersuchungen stattgefunden, schriftliche Auslassungen wurden darüber genügend veröffentlicht, auch Verprechungen sind den Arbeitern gemacht worden. So vergehen Monate, ein Jahr nach dem andern, so vergehen Jahrzehnte und — alles bleibt wie es war. Dem einfachen, geraden Gedankengang des von der Berufskrankheit schwer geprüften Steinarbeiters und des noch gesunden, der dessen Leiden mit ansieht, denen ist die Umständlichkeit und Unentschlossenheit in der Lösung einfach unfahbar und mit besonderen Empfindungen gedenken sie des Artikels 157 der Reichsverfassung, der in seinem 1. Satz, wie in Stein gehauen sich liest und ausspricht: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.“ Also für die Arbeiter im allgemeinen und für die Steinarbeiter im besonderen bedarf es der eingangs aufgeworfenen Fragen nicht mehr. Aber aller Voraussicht nach werden die Naturstein-Unternehmer Sturm laufen und Sturm läuten gegen die drohende Belastung. Die Steinarbeiter kennen das aus der Zeit des Inkrafttretens der heute noch gültigen und überholten Bundesratsver-

ordnungen aus den Jahren 1902 und 1909, sie kennen das ferner aus dem Verhalten der Unternehmer bei den wenigen Vorkommnissen, die für die Verbesserung der Lebenslage der Steinarbeiter günstig waren. Die Einwände von der Unternehmenseite wiegen für die Steinarbeiter wenigstens nicht schwer. Zene Seite — also die Unternehmung in der Natursteinindustrie — würde sogar bei einigermaßen Objektivität an Hand ihrer eigenen Organisationserfahrungen feststellen können, daß die älteren geschäftlich selbständigen Herren aus der Natursteinindustrie, die von der Pöte auf dienend zum Unternehmer emporgeschwungen haben, vom Leben abberufen werden meistens wegen Atemnot, Lungenleiden. Das kommt etwa nicht von ungefähr, nicht vom späteren Zuschauen bei der Arbeit als Selbständiger, sondern weil diese älteren Herren aus ihrer früheren beruflichen Tätigkeit als staubschluckende Steinarbeiter alle einen „Anack“ auf die Atmungsorgane zu verzeichnen haben. Das wäre auch ein Beweis, wenn man ihn will, für die unerbittliche, zermürbende Fortschreibung der Staubeinwirkung. Selbst bei Personen, die Schlängel und Eifen seit vielen Jahren weggelegt haben, „frißt“ der Staub weiter. Die Todesursachen im Angestelltenkreise der Steinarbeiterorganisationen sind dafür ebenfalls kennzeichnend. Doch, daß womöglich aus der Industrie heraus diese Argumente gestützt werden könnten, dafür fehlt den Steinarbeitern jedenfalls das Vertrauen. Man wird im Gegenteil auf den Niedergang der Steinbearbeitung hinweisen; man wird dabei alle die „Kasten“ hübsch säuberlich aufzählen, die schon jetzt „unerträglich“ vorhanden sind. Darin haben die Natursteinindustriellen überhaupt etwas los! Wir Steinarbeiter kennen diese Manier, und wenn es diesmal wirklich anders gemacht wird, sollte es uns außerordentlich freuen wegen der damit verbundenen guten Tat.

Es gibt schätzungsweise — die Ergebnisse der neuesten amtlichen Berufs- und Betriebszählung liegen noch nicht vor — etwa 80 000 Arbeiter in Deutschland, die in Steinbrüchen und Steinhauereien (also reine Natursteinbetriebe) beschäftigt sind. Davon bearbeiten nach unserer Auffassung etwa 50 000 die Steine mit Schlagwerkzeugen, und die besonders gefährdeten unter diesen wird höchstens die Zahl 20 000 erreichen (Steinhauer, Steinmehrer, Steinbildhauer, Schieferarbeiter usw.). Die Zahl derer, deren Erkrankungen daraufhin geprüft werden müßte, ob die intensive Steinbearbeitung sie hervorgerufen hat, ist demnach klein, im Vergleich zu dem großen Produktionsprozeß sogar sehr klein. Die Behandlung fällt natürlich den Krankenfällen zur Last wie bisher schon, und erst dann, wenn die Steinbearbeitungswirkung die Berufsfähigkeit beschränkt, dann soll die Industrie durch ihre Unfallberufsgenossenschaft einpringen und die Steinarbeiter im Ausgleiche des Einkommens einigermaßen schadlos halten. Nehmlich wie sie es heute macht, wenn bei der Steingewinnung durch äußere plötzliche Einwirkung (Unfall) auf die Gliedmaßen und das Gesicht eine Erwerbsverminderung entsteht. Diese im Grunde nur zu sehr berechnete Pflicht könnte in der Verwirklichung sogar Veranlassung sein, daß der Zersplitterung in der Unfallfürsorge für die Natursteinindustrie mit einem Schläge ein Ende bereitet wird und dadurch alles, was als Unternehmung mit Natursteinen vorwiegend hantiert, sich in der Unfallversicherung und -fürsorge der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft konzentriert.

Wie gesagt, das „könnte“ und „möchte“ so sein, aber die Natursteinindustriellen — und vorausschauende Arbeiterfürsorge und Berufszukunft, das war schon immer ein Kapitel für sich. Doch wie stehen nun einige Ärzte, Hygieniker und Wissenschaftler zu dem Problem? Wir wollen nicht das Pro und Kontra anführen, müßten sonst recht bitter werden bei einigen, die zwischen pro und kontra stehen, dabei alle möglichen und unmöglichen Schwierigkeiten aufzürmen und bei all ihrer anerkannt fleißigen Forschungsarbeit dennoch zu keiner geradlinigen entscheidenden Feststellung auf dem Gebiet der Steinarbeiter-Berufskrankheit sich entschließen können.

In früheren Jahren haben einzelne Ärzte, angeregt durch die eigenen Erfahrungen der ärztlichen Praxis in Steinbruchsbezirken, sich eingehend mit den statistischen Unterlagen der Steinarbeiterorganisation beschäftigt; sie haben dann ausnahmslos, gestützt auf ihre eigenen Beobachtungen, unsere Angaben nicht nur bestätigt, sondern meistens noch verschärft. Die Feststellungen von Krankenfällen, die Angaben von Standesämtern und Gemeindebehörden über Todesfälle und ihre Ursachen in Orten mit vorherrschender Steinindustrie sind nicht zu erschüttern. Wir erinnern ferner an die große, Aufsehen erregende allgemeine Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse über Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Versicherten, veröffentlicht mehrere Jahre vor dem Kriege, dann verarbeitet vom damals „Kaiserlich Statistischen Reichsamte“ und herausgegeben in 4 Bänden im Jahre 1910. Diese amtlichen Angaben brachten durchschlagendes Zahlenmaterial für die Beurteilung der Steinarbeiter-Berufsgeschäden. In Form und Methode unabhängig und anders wie die Statistik der Steinarbeiterorganisation, im Endresultat aber gleich.

Wir erinnern vor allem auch an die Schrift des Wirtschaftspolitikers Richard Calwer: „Die Berufsgeschäden der Steinarbeiter“, an die verschiedenen Schriften und Abhandlungen von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld über Staubleunge, Steinhauerlunge, Staubkrantheiten. Im Handbuch der Arbeiterkrankheiten von Dr. Th. Weyl haben die Ärzte Dr. Haeseler, Nebra und Dr. Weigmann-Lindenfels beachtliche Angaben über die Berufsgeschäden der Steinarbeiter gemacht. Auch die Hinweise von Prof. Dr. B. Chajes in seiner Schrift: „Grundriß der Berufskunde und Berufshygiene“ wollen wir erwähnen. Die neuere Arbeit dieses Jahres von Dr. Paul Domann: „Die Steinhauerlunge“, haben wir bereits im ersten Artikel gewürdigt. Auch ein kurzer Hinweis auf die internationale Handhabung mag das Problem beleuchten. In verschiedenen Ländern haben ebenfalls Ärzte eine Reihe von Untersuchungen vorgenommen, die dazu führten, daß auch einige Regierungen sich mit der Sache befaßten und besondere Schutzbestimmungen für die Steinarbeiter erließen. So hat bekanntlich Deutschland seine Bundesratsverordnung schon seit 1902, Desterreich seine Verordnung für Steinbrüche, Lehm-, Sand- und Schottergrube seit 1908, Dänemark den Arbeiterschutz in Steinhauereien seit 1912, aber alle diese Verordnungen standen weit zurück gegenüber dem Steinhauergesetz in Holland, 1911 erlassen. Nach dem Kriege, infolge der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Achtstundentages, wurde das Steinhauergesetz in Holland, in dem noch eine maximale Arbeitszeit von 9 Stunden vorgegeben war, mit dem neuen Arbeitsgesetz in Einklang gebracht, bei welcher Gelegenheit nicht nur die Arbeitswoche für Steinhauer maximal auf 45 Stunden festgelegt wurde, außer-

dem trafen tief eingreifende Veränderungen ein, namentlich die gesellschaftliche Unterordnung, worüber unter holländischer Kollege Sino in Nr. 29 des „Steinarbeiters“ vom 18. 7. 1925 nähere Angaben machte. — England hat seit 1918 ein besonderes Entschädigungsgesetz für Todesfälle und Erkrankungen an „Riesel-Staub-Lunge“, auch in Verbindung mit virulöser Tuberkulose. Dieses Gesetz ist zur Zeit — nach Angaben des Landgewerbetarbes Dr. Teletzki-Düsseldorf im Reichsarbeitsblatt — nur auf Steinarbeiter beschränkt. Aber das kleine Holland mit seinen wenigen Steinarbeitern und ohne eigene Steingewinnung hat Deutschland längst überflügelt. Die Steinindustrie Deutschlands ist im Verhältnis zum europäischen Ausland am größten, dabei sehr reichhaltig, sehr verzweigt und erfreulicherweise vor allen Dingen sehr leistungsfähig. Wir sagen deshalb auch mit voller Ueberzeugung und in fester Ueberzeugung, daß Deutschland mehr und Durchgreifenderes kann, was Holland, was England auf dem Gebiete des Steinarbeiter-Schutzes unternehmen haben. Man komme uns aber bei dieser Gelegenheit nicht etwa mit dem „verlorenen“ Krieg und seinen Lasten. Dies Argument gilt für uns in diesem Zusammenhange nicht.

In anderen außer europäischen Ländern fanden und finden zur Zeit wohl noch Untersuchungen statt über die Wirkung des Steinstaubes und leider schauen in Deutschland einige Wissenschaftler wie hypnotisiert nach dem zu erwartenden Ergebnis aus. Diese eventuellen Ergebnisse, mögen sie so oder anders lauten, können aber für die deutsche Steinbearbeitung nicht maßgebend sein. Stein, Land, Leute und die sonstigen Verhältnisse in jenen Ländern sind mit Deutschland nicht so ohne weiteres vergleichbar. Darum ist unsererseits die Frage berechtigt: Seit wann ist denn diese Methode üblich? Man nimmt doch sonst nicht das Ausland, dazu noch das außereuropäische zum Muster bei anderen durchaus feststehenden günstigen Vorbildern wie bei den Steuern, der Arbeitszeit, der Entlohnung usw.? — In Deutschland sind die Erziehungs- und Fortbildungsergebnisse in der Steinbearbeitung und dessen Wirkung so dicht, daß auch die engeren verantwortlichen Männer in der Gesetzgebung sich nicht durch unangebrachte Rücksichten beirren lassen sollten in ihrem Entschluß: den Steinarbeitern gewähren, was ihnen tatsächlich längst gebührt!

Angeregt durch die Organisation der Steinarbeiter hat im Jahre 1922 und 1923 eine teilweise amtliche Untersuchung der Steinarbeiter in Deutschland stattgefunden, hinter der das Reichsgesundheitsamt mit den Landesgesundheitsämtern und den Gewerbeaufsichtsbeamten stand. Leider sind diese Untersuchungen nicht voll zum Abschluß gelangt. Dennoch liegen einige Ergebnisse vor. Herr Landesgesundheitsrat Prof. Dr. Kölsch-München machte darüber auf der ersten Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Würzburg im Herbst 1924 einige Angaben, denen wir folgendes entnehmen:

„Der Aufenthalt zahlreicher Arbeiter der Steinindustrie während des Krieges im Felde hat eine große Selbstreinigung der verstaubten Lungengewebe zur Folge gehabt. Die Steinarbeiter der niederbayerischen Granitwerke im Bayerischen Wald stellen ein ausgezeichnetes Menschennaterial dar, ganz verschieden von den in Sandsteinbrüchen am Untermain Beschäftigten. Im Muschelkalkgebiet bei Würzburg wurden etwa 200 Arbeiter untersucht. Schwindsüchtig waren hier 10 Prozent, im Sandsteingebiet bei Miltenberg dagegen 30 bis 45 Prozent. Die Untersuchungsergebnisse zeigten im Muschelkalkgebiete Lungen defekte bei 30 Prozent der Untersuchten, während im Sandsteingebiet bis zu 60 Prozent Schädigungen der Lunge aufwiesen. Ohne Befund waren im Würzburger Muschelkalkgebiet die Lungen von 65 Prozent der Untersuchten, im Sandsteingebiet die Lungen von nur einem Viertel der Arbeiter.

Vergleicht man nun die Steinarbeiter mit anderen Berufsarten und Bevölkerungsgruppen bezüglich der Ansteckung mit Tuberkulose, so ergab sich für den Bezirk Markttheidenfeld eine fünfzig größere Infektion der Steinarbeiter als bei den übrigen Bewohnern; in Miltenberg war eine vierfach vergrößerte Häufigkeit festzustellen.

Auch in einzelnen Betrieben hat man solche Untersuchungen veranstaltet. Die Steinarbeiter der Frankfurter Großfirma

Holzmann wiesen zwölfmal häufigeres Vorkommen an Tuberkulose auf als die übrigen Arbeiter des gleichen Betriebes. Bezüglich der Sterblichkeit an Tuberkulose wurde ermittelt, daß in Markttheidenfeld und Miltenberg die Sterblichkeit der Steinarbeiter 4—5mal größer als die der übrigen Bevölkerung ist.

Auch eine Doktorarbeit hat die Gesundheitsverhältnisse der Steinarbeiter in Bayern zum Thema gestellt. Dem Verfasser lag das gleiche amtliche Material der Krankentafeln usw. vor, wie es auch Prof. Kölsch benützt hat. Er kam wohl zu anderen Zahlen, aber doch zu den gleichen Ergebnissen.

Eine weitere Untersuchung fand in der Rheinpfalz bei den für die Reichsbahn mit Zerklainern der Steine beschäftigten Frauen statt. Einer Wegnahme dieser eigentlich nicht für Frauen passenden Arbeit haben sich die Frauen bisher energisch widersetzt. Die Frauen mußten nun früher die schweren Steinstücke selbst an den Ort, wo die Zerklainung stattfand, transportieren; es kamen daher unter diesen Frauen auffallend viele Fehlgeburten und Gebärmuttererkrankungen vor. Die eigentümliche Stellung, die diese Schotterklainerrinnen bei ihrer Arbeit einnehmen müssen — sie arbeiten stehend mit aufgestelltem linken Bein —, drückt auf die Unterleibsorgane, weshalb Stauungserscheinungen und auch Gallensteine bei diesen Frauen häufig sind.

Wenn noch ungünstige Wohnungsverhältnisse und übermäßiger Alkoholgenuß dazu kommen, so komplizieren sich die durch die Steinarbeit hervorgerufenen Schäden. War es doch im Palsauer Bezirk nach Zahltagen üblich, daß sich die jungen Arbeiter einige Fässer Bier tranken und im Freien, meist im Walde kampierten, bis die Fässer leergegetrunken waren. Solche verstopfte Biwaks hatten natürlich auch üble Folgen, besonders bei kühlen Nächten. Auch im Malingebiet wurde früher, als man dort gut verdiente, von Sonntag bis Dienstag blaugemacht. Um nun aber am Jahrtag keinen Verdienstentgang zu haben, mußte nachgeschafft werden, was natürlich nur mit übermäßiger Anstrengung des durch den vorausgehenden starken Alkoholgenuß ohnehin geschwächten Körpers möglich war. Und so war dann die Staubeinatmung und dadurch die Staubschädigung der Lunge noch größer, als sie bei normaler Arbeitsweise gewesen wäre.

Ueber den Alkoholgenuß haben wir bereits das nötige gesagt. Uebertriebene hier, Uebertriebene dort. Beides ist verjähr! Die sonstigen Feststellungen von Prof. Dr. Kölsch bestätigen unsere Behauptungen voll und ganz. Aus anderen Steinbruchsgebieten wird das Ergebnis nicht anders lauten. Zu wünschen ist, daß vom Reichsgesundheitsamt die gesammelten Ergebnisse der Deffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Steinarbeiter vor allen Dingen haben daran ein ganz natürliches sehr großes Interesse. Nun heißt es endlich handeln, heraus aus dem andauernden Zustand des Wartens, Zauderns und Untersuchens. Wenn man uns schließlich bei diesem Drängen Agitationsabsichten usw. unterstellen will, dann wäre das vollständig daneben gehauen. Nein, ein solches Bedürfnis kommt bei Behandlung dieser lebenswichtigen Angelegenheit unserer Kollegen wirklich nicht in Frage. Wir — die Organisation — wollen, das sagen wir frei und offen: Klare Bahn im Lebensschicksal der hier in Betracht kommenden Steinarbeiter! Und wir sind selbstverständlich immer und gern bereit, an der Beseitigung der Hindernisse, die sich der Regelung entgegenstellen, mitzuarbeiten, soweit wir das können. Aber man sage auch endlich, daß die Berufskrankheit der Steinarbeiter einbezogen wird in „die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten.“

Das ist die erste Forderung der gesunden und der tranken Steinarbeiter, und die zweite nicht minder dringliche und berechtigte Forderung betrifft die zeitgemäße Aenderung der seit 1902 bestehenden und 1909 geänderten Bundesratsverordnung für den Steinarbeiter-Schutz. Die notwendigen Aenderungen der Steinarbeiter-Schutzbestimmungen basieren auf der richtigen Anschauung, daß der Berufskrankung durch die Staubeinatmung im Arbeitsprozeß vorgebeugt werden muß. Diese Fürsorge ist volkswirtschaftlich und menschlich gesehen, natürlich viel wertvoller wie die Entschädigung der Berufskrankten selbst, es

ist die eigentliche Vorbedingung dazu. Die Aenderung und Erweiterung der Bundesratsverordnung müßte mindestens festlegen:

Strengstes Verbot der täglichen Arbeitszeitausdehnung über 8 Stunden.

Festlegung einer kürzeren Arbeitszeit wie täglich 8 Stunden bei der Bearbeitung sehr gesundheitschädlicher Gesteine. Grundätzliches Verbot der Steinbearbeitung durch jugendliche Personen unter 16 Jahren und Beseitigung jeglicher Frauenarbeit in der Steinindustrie.

Obligatorische, jährlich mindestens einmal vorzunehmende ärztliche Untersuchung der Aumungsorgane bei allen in der Steinbearbeitung tätigen Personen. Ausschließung der körperlich und gesundheitschwachen jugendlichen Personen von jeder gesundheitschädlichen Steinbearbeitung.

Verbot jeder Affordarbeit bei der Steingewinnung und Steinbearbeitung (hier wird in der Hauptsache an Sandstein- und Mühlensteinbearbeitung gedacht). Ferner Beschränkung in dem Gebrauche besonders schwerer und gesundheitschädigender Werkzeuge (Preßluftwerkzeuge).

Raumvorschriften in geschlossenen Arbeitsstätten und Vorschriften über Ventilation zur Beseitigung des Staubes und für die regelmäßige Reinigung der Werkstätten vom Steinabfall.

Diese notwendigen Aenderungen sind wie gesagt das mindeste, was von einer vorbeugenden Fürsorge verlangt werden muß. Auch die deutsche Steinindustrie wird von dieser Fürsorge nicht erdrückt, eher ist das Gegenteil richtig, wenn ihre Vertreter das auch nicht anerkennen. In der nunmehr zum Abschluß kommenden Verhandlung über die „Berufskrankheit und die Berufsgeschädigten der Steinarbeiter“ sind die vorstehenden Forderungen eingehend begründet und ihre äußerst notwendige Verwirklichung beleuchtet worden. Und weil bei den Produktionskräften in der Naturfeinindustrie wie in jeder anderen das Pflichtgefühl fehlt um freiwillig die Forderungen und Anregungen zu erfüllen, deshalb muß gesetzlich eingegriffen und muß Zwang werden, was auf anderem Wege nicht erreicht werden kann. Der bereits angezogene Artikel 157 der Deutschen Reichsverfassung sagt es klar und bestimmt in seinem ersten Satz:

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.“

Wir Steinarbeiter verlangen also nur das verfassungsmäßig uns zutehende Recht.

Will man's so weit treiben?

(Die Brotpreiserhöhung von hinten her.)

In den letzten Monaten sind die Getreidepreise infolge der außergewöhnlich guten Ernte und trotz der deutschen Agrarzölle auch in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Der Roggenpreis hat sich pro Tonne um 70 bis 80 Mk. und der Wehlpreis pro Zentner um 10 Mk. gesenkt, Dagegen blieb der Brotpreis so gut wie unverändert. Allerdings hat sich die Regierung im Rahmen ihrer berückichtigten Preislenkungsaktion mit dieser Angelegenheit beschäftigt, d. h. sie setzte sich mit den diversen Ehrenmeistern und Ehrenobermeistern aus dem Bäckergewerbe zusammen und ließ sich den bei diesen Gelegenheiten üblichen blauen Dunst vormachen. Man einigte sich dann auch dahin, daß die Bäckermeister dem gesunkenen Getreide- und Wehlpreis durch Erhöhung des Brotgewichts Rechnung tragen sollten. Von einer Senkung des Brotpreises aber, die dem Käufer erst eine Kontrolle über die tatsächlich vorgenommene Preislenkung gegeben hätte, sah man unbegreiflicherweise ab. So hatte man mal wieder so getan, als ob man täte. Da aber nun jeder Käufer nicht eine Waage hat, um nachprüfen zu können, inwieweit das ihm verkaufte Brot das vorgeschriebene Gewicht hat, öffnete die vorgenommene Regelung ohne Zweifel dem Betrug Tor und Tür. Wir haben denn auch diese Art von Preislenkung sofort als faulen Zauber bezeichnet, und die Bäckermeister im ganzen Reiche haben auch durchweg nicht im Traum daran gedacht, die Preislenkung durch Erhöhung des Brotgewichts vorzunehmen.

In Wirklichkeit taten sie etwas ganz anderes. Sie nahmen eine Brotpreiserhöhung von hinten her vor. Die Berliner Polizei hat nämlich in 2000 Bädereien Stadtproben vorgenommen, um fest-

Aus dem Wetterwinkel.

Allerlei und allerhand.

In den letzten Wochen lagen recht viele Anregungen vor, die mich mehr wie einmal veranlassen wollten, darüber auch meine Meinung im „Steinarbeiter“ an den Mann zu bringen. Doch jedesmal habe ich dann bei dem Versuch festgehalten: Besseres und beweiskräftigeres, was bereits für die Steinklopfer dazu geschrieben wurde, auch nicht sagen oder schreiben zu können. Ich erinnere nur an die erneute Aufstellung der Unfallversicherung für die berufserkrankten Steinklopfer, dann an die Beschlüsse der Unternehmer-vorparlamentarier wegen Ablehnung der Sagedsprüche wenn sie eine Lohnserhöhung vorsehen, an die Tarifbindung durch die Unternehmer regelmäßig wiederkehrend wie das Mädchen aus der Fremde, erinnere an die Berichte der Steinbruchsberufsgenossenschaft, an die notwendige Stärkung unseres Verbandsstammpfunds und dann nicht zu vergessen: Die Preislenkung der Regierung auf dem Papier und der geplante Lohnabbau einiger Steinklopfergroßköpfe und an einiges andere mehr.

Alle diese Vorkommnisse müßten nach meiner Meinung auch den allerletzten abseits stehenden Kollegen unter unser Banner zwingen, und zwar im Erkennen der Sachlage aus eigener Anregung. Wie gesagt, dazu wäre meinerseits auch allerhand zu sagen gewesen, doch beim Durchdenken und Vergleichen des bereits vorliegenden, blieb ich wie schon so oft an meiner eigenen Steinklopferphilosophie hängen. Im Zusammenhang mit obigem lautet sie auf eine Formel gedracht: „St ein guter Weg auch krumm, geht man doch zuletzt nicht um!“

In meinem Dorf starb vor kurzem eine örtliche männliche Größe. Wegen ihrem vielen Geld zu Lebzeiten bei den Arieckern sehr geachtet. Sonst hatte der Verstorbene sehr viel auf dem Kerbholz. Der Mann war früher Bauunternehmer, dann Steinbruchsbesitzer, wurde Großbauer und Geldverleiher, war nebenbei alltag ein großer Schürzenjäger, Sonntags ein eifriger Kirchgänger und schwärmte für die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Der Steinklopfer-Hannes war ihm nach seinen eigenen Aussagen gegen Dritte: „Nummer nix!“ Mir selber hat er das freilich nie gesagt, er wußte schon warum; denn ich hatte einen tieferen Einblick in sein Leben und seine Angewohnheiten, wie ihm lieb war. Er handelte in seinem ganzen Leben nur nach dem bekannnten Spruche: „D, wie schön ist Gottes Erde und der Geschöpfe Lebenslauf, daß alles satt und glücklich werde, steht einfach eins das andere auf.“ So hat der Verstorbene stets in einer rückwärtslosen Weise gehandelt. Nur beim Steinklopfer-Hannes ließ er dauernd auf Hart. Als vor mehreren Jahren ein anderer Wind pfliff, trug er plötzlich eine erträglichere Frage zur Schau, die Angst hatte sie ihm etwas vernünftig geformt. Doch im Laufe der Jahre kam die alte Natur wieder zum Vorschein. Nun ist er klanglos erledigt und hinüber; seine Taten will ich deshalb nicht mehr schildern. Nur eine große Genugtuung hatte ich vor wenigen Tagen, als einer seiner Hauptbetriebe auf dem Arbeitsweg zu mir gestellt und dann so nebenbei frag, ob ich der Steinklopfer-Hannes, der doch so vielerlei wisse und kenne, einen passenden Spruch für das Grabmal des Verstorbenen weiß. Da habe ich mich nicht lange besonnen und dem Verwandten erzählt, daß ich während meiner Wanderjahre vor langen Jahren in einem kleinen Mecklenburgischen Städtchen auf einem Grabstein folgende Inschrift gelesen habe:

„Hier ruhet Gottlieb Merkel, in sin Jugend was he'n Ferfel, in sin Oler was he'n Swin, mien Gott, wat mag he nu woll sien?“

Darauf hat mich der Verwandte und Erbe ganz verdattert angesehen, vielleicht hatte er gar geglaubt als Erbe dem Steinklopfer-Hannes zu imponieren, da ist er nun allerdings nicht auf seine Rechnung gekommen. Beim Fortgehen meinte er: „Du bleibst anscheinend doch immer derselbe!“ Als wenn ich je hätte etwas

anderes sein wollen. Nein, der Hannes bleibt schon, was er ist und muß auch so verbraucht werden. Aber, daß ich diese eigenartige Grabchrift so passend anbringen konnte, war mir eine solche Genugtuung, daß ich recht arbeitsstolz, wie seit langem nicht, meinem Steinhäusen zuteuerte.

Nun hat der Verband in diesem Jahre zum erstenmal einen Taschentaler in Vorbereitung. In früheren Jahren war nach so etwas große Nachfrage unter den Steinklopfern. Man dachte sich so ein Büchlein als Küßzeug im täglichen Geschehen, als ein Werkzeug, welches nimmer stumpf wird. Ein rechter Steinklopfer, einerlei welcher Fakultät, hält es in dieser Beziehung immer mit dem Goethe-Spruch: „Ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auf das rechte Werkzeug halten!“ Deshalb ist es zu begrüßen, wenn der Begriff Werkzeug im weitesten Sinne auch auf den zu erwartenden Kalender ausgedehnt werden kann und — was wichtig — auch ein rechter Gebrauch davon gemacht wird. Dann soll gar vom Januar 1926 an eine berufliche technische Beilage im „Steinarbeiter“ kommen? Da frage ich: Was sollen die Steinklopfer, die Steinklopfer, die Steinklopfer, die Steinklopfer, die Steinklopfer mit den Kammermännern alles noch lesen und verarbeiten? Diese Meinung ist sicherlich als ein Fortschritt anzusehen und nicht etwa als eine Aenderung? Wenn das letztere in Betracht käme, würde ich sagen: „Vor dem ewigen Reorganisieren mag uns der Himmel bewahren, die Straße, in der die Pfisterer hantieren, ist stets über zu befahren.“ Auf unsere Kollegen im Straßenbau werden überhaupt oft Sprüche gemacht, so heißt ein anderer: „Die Aerzte und die Pfisterer sind miteinander verwandt, sie decken die schlechte Arbeit mit Erde und mit Sand.“ Wieder ein anderer meint: „Wer bei dem Wege baut, hat viele Meister.“ Das stimmt genau, denn ich selber erlahre es ja jeden Tag, und wer das wirklich nicht kennt, der werfe nur seinen Blick auf die Straßenwühlereien in den Städten, die auf Konto der kommunalen Werke gehen (Gaswerke, Straßenbahn, Elektrizität, Wassererjorgung). Wo da drei bis vier Arbeitsmänner am Wege bauen, steht mindestens einer dabei, der die Hände dauernd in den Taschen hat und übt „Kontrolle“. Doch das sind Sachen, die mich als einfachen Steinklopfer weniger angehen, das ist etwas für kritisch veranlagte Gemeindepolitiker. Wenn ich mir nun alles was den Verband angeht und was im Interesse der Steinklopfer liegt, bei meinen Hammerschlägen durchdenke, dann höre ich aus ihren regelmäßigem „Klick-Klack“ auch einen Spruch heraus, einen solchen, der für alle Steinklopfer einschließend der Kammerfamilie Geltung haben sollte:

Eine gute Zeitung! Eine gute Zeitung!
Ordnung im Buch! Guter Versammlungsbesuch!

Den vorstehenden Spruch will ich mit einigen Worten näher erklären: Ueber „Zeitung und Zeitung“ will ich lieber nichts schreiben; denn lobe ich, kommt der Verdacht der Schmeichelei und kritisiere ich, dann haut der Redakteur dazwischen. Doch will ich hieran gleich anschließend mit aller Aufrichtigkeit sagen, daß zur Kritik tatsächlich keine Veranlassung vorliegt. Bekanntlich ist die Zeitung im Verband auch lang, sie hat, wenn ich sie mir als feste Schnur vorstelle, mehrere Knoten oder Etappen: vom Betrieb zur Zahlstelle über den Gau an die Zentrale. In diesen Knoten ist nirgends ein einzelner verantwortlich, das trifft ganz besonders zu in der letzten Etappe. Dort ist jedenfalls von maßgebendem Einfluß die Finanzwirtschaft, vertreten von früheren Steinklopfern, die dort mit dem Gelde umgehen; ich glaube bestimmt, daß sie im Einnehmen am gewandtesten sind, denn die Ausgaben kommen bekanntlich immer von selber. Kann mir auch leicht denken, daß dort genau so oft, wenn nicht gar öfter, „Unvorhergesehenes“ eintritt, ebenso wie in der engeren Hauswirtschaft. Jeder Steinklopfer und seine Frau wissen: Solche Vorkommnisse werfen dann alle vorherigen Berechnungen um. Hauptsache in der

ganzen Leitung von unten bis oben ist übrigens die Haltbarkeit der Knoten. Und wer hier oder dort daran herumbastelt, mit der Absicht, sie zu lockern, kann daran leicht gehindert werden, und zwar so, daß er es zum zweiten Male nicht wieder vermag.

Die „Ordnung im Buch“ läßt, glaube ich, manchmal sehr zu wünschen übrig; denn mir will scheinen, daß in der Rubrik im „Steinarbeiter“, wo regelmäßig die Faserhölzer, Drückeburger und Windbläser veröffentlicht werden, reichlich Unordnung im Buch zu unserer Kenntnis kommt. Zu der Ordnung im Buch gehört auch noch eine andere Ordnung, an die sich mancher Steinklopfermann anscheinend nicht gewöhnen kann. Denn einer vergißt bei der Abreise seine Abschiedsvisite beim Logisherrn, der andere bei seiner Kaffeefrau und außerdem noch — was sehr verwerflich — beim Zahlstellenassistenten. Obgleich das weiß ich aus früherer Erfahrung, alle drei dem Drückeburger jedenfalls aus dem Dreck geholfen haben. Mir ist es im Leben mehr dreckig als gut gegangen, aber auf die Ordnung im Buch und auf die sonstige habe ich immer gehalten, und wenn es wirklich gar zu schlecht ging, lang- und klanglos habe ich mich niemals in die Ferne verloren. Jeder gezogene Faden wurde, wie es sich gehört, ohne mit der Wimper zu zuden, dann einfach gelegentlich abgescharrert. So soll es sein und so muß es wieder werden! Das ist gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, bei der die erste Voraussetzung „Ordnung im Buch“ die Grundlage bildet.

„Guter Versammlungsbesuch“ bedeutet für jeden Steinklopfer seinen Verband, seine Gewerkschaft wirklich mit e Leben; innerlich und äußerlich, sonst ist er ein schlechter Kamerad! Wer schließlich zur Not nur seine Beiträge zusammenbringt und nicht mit seinesgleichen in den Beratungen zusammenkommt, der ist nur ein gewerkschaftlicher Halb- oder Viertelpart; der erlebt seine Gewerkschaft nicht, ist nicht mit dem Herzen dabei. Von dieser Gruppe haben wir, haben alle Verbände genug in ihren Reihen. Daher kommt es auch, wenn die Geschäftslage irgendwie stoppt, dann sofort die Mitgliederzahlen zurückfallen. Die Halbparten hauen dann ab! Die Gewerkschaft hat sich dann für sie solange erledigt, bis der Geschäftsgang wieder flotter wird! In Versammlungen lassen sie sich dann erst recht nicht mehr sehen! Hier ist zu fragen: Wie stände es wohl um die Steinklopferleute im allgemeinen, wenn nicht die felsenfesten unter ihnen so zur Stange hielten? Guter Versammlungsbesuch und Ordnung im Buch haben die Gewerkschaft gebaut, erst groß in äußeren Umrissen, dann aber haben „Leitung und Zeitung“ immer gestützt und gehalten, also in steter Verbindung mit den beiden eriteren Eigenschaften der organisierten Steinklopfer aller Gattungen, das Weitere besorgt. Nun ist der Bau sicherlich einigermaßen wohlisch, darin findet Schuß wer immer es will. Doch fehlt noch viel an der Vollendung. Wir müssen das Fehlende jedoch selber schaffen und können das nur, wenn die Steinklopfer ohne Ausnahme sich eritens den Spruch: Leitung, Zeitung, Buch, Versammlungsbesuch, der aus der Erfahrung heraus entstanden ist, nicht nur merken, sondern auch danach handeln; dazu kommt zweitens und drittens noch das andere, was an dieser Stelle schon früher geschrieben wurde vom

Steinklopfer-Hannes.

Wahres:

Die vielen Geinnungsstrüppel entstehen heute nach ganz bestimmten Gelegen der Anpassung an die Umwelt. Am Tage ist man in Werkstatt, Fabrik, in Feld und Wald Arbeiter und als solcher am Wohle der ganzen Klasse interessiert. Abends ist man im Kriegerverein, Gesangverein, Schützengesellschaft Mitglied bei den Speerbürgern und Ruhngehern der gegenwärtigen politisch und wirtschaftlich unselbstigen Zustände.

Heimlich sympathisiert man mit den Roten, Deffentlich mit den Patrioten. — So entstehen die politischen Trioten!

zufüllen, inwieweit das Brot, der Regelung entsprechend, das vor-
 schriftsmäßige Gewicht habe. Das Ergebnis dieser Stichproben ist
 einfach niederschmetternd. In 550 Fällen ergab sich ein Minder-
 gewicht des Brotes und der Schrippen (Brötchen) in Höhe von 20,
 25 und 30 und mehr Prozent, d. h. die Bäckermeister haben, just zur
 selben Zeit, als man sich im Lande mit der Preisentwertung brühtete,
 stillschweigend eine ganz empfindliche Preissteigerung vorgenommen.
 Dieses Vorgehen ist um so unerhörter, weil die Bäckermeister in
 letzter Zeit fast überall in der Qualität schlechteres Brot liefern
 und vor allem reichlich nach baden. Die Deffektivität wird so von
 den ehrbaren Bäckermeistern regelrecht bewußt und betrogen.
 Außerdem zeigen diese Tatsachen, in welchem Maße die deutsche
 Geschäftswelt heute demoralisiert ist. Daran ist die Regierung nicht
 ganz unschuldig.

Der Deffektivität hat sich, als das Ergebnis der polizeilichen
 Nachforschungen bekannt wurde, ein Sturm der Entrüstung bemächtigt.
 Mit Recht wurde unter Berufung, daß der deutsche Wirtschaft
 dadurch ein wertvoller Dienst erwiesen wird, die Schließung der
 Bäckereien gefordert, die sich des Betrugs schuldig gemacht haben.
 Früher wurde der Brotwucherer an den Pranger gestellt oder in
 die Hippe gesetzt. Mit diesen Maßnahmen bekämpfte man den
 Wucher und schuf ein leistungsfähiges und ehrliches Handwerk.
 Heute aber duldet und begünstigt man Wucher und Betrug und
 nennt man das förmlicherweise Mittelstandspolitik. Die Burea-
 kraten stützen sorgenvoll ihre weisen Häupter und überlegen an der
 Hand von 101 Paragraphen, ob man gegen die betrügerischen Bäcker-
 meister wegen Preistreibelei gerichtlich vorgehen soll. Inzwischen
 halten die künstlich enttrühten Bäckermeister Protestverjammlungen
 gegen das „wirtschaftsfeindliche Vorgehen der Polizei“ ab. Ehren-
 meister und Ehrenobermeister legen mit dem Brustton gekränkter
 Handwerkerwürde der Deffektivität haarklein dar, daß sie Minder-
 gewicht geben müssen, um existieren, d. h. weiter technisch rüstständig
 bleiben und am allabendlichen Stammtisch die bekannten Sprüche
 über die Korruption republikanischer Minister die hohen Löhne im
 allgemeinen und die Begehrlichkeit der Bäckergehilfen im beson-
 deren klopfen zu können. Es wurde sogar behauptet, ohne daß dem
 widerproben wurde, daß die in Frage kommenden Behörden von dem
 betrügerischen Vorgehen der Bäckermeister rechtzeitig unterrichtet
 worden sind. Mag dem sein, wie es wolle. Wir stellen nur fest,
 daß man die Ausführungen der Bäckermeister, die einer Ver-
 höhnung der staatlichen Autoritäten gleichkommen, mit einer
 seltenen Langmut über sich ergehen läßt. Und wenn die ganze An-
 gelegenheit auch schließlich vor die Gerichte kommt, befürchten wir,
 daß den betrügerischen Bäckermeistern nichts passiert.

Wohin soll das aber führen? Lohnforderungen werden heute
 abgefragt, die Wucherpreise sind nicht mehr zu erzwingen.
 Wucher und Betrug werden im Handel Gewohnheit und Regierung
 und Justiz verlagern den mit der Kunst aller Schätanen Aus-
 gebeutelten den Schutz. Dabei stehen wir vor einem sehr strengen
 Winter mit steigenden Arbeitslosen-Ziffern. Mit Sorge muß man
 sich fragen, wie lange die Dinge noch dauern sollen? Wenn nun die
 hungernden Massen, von Verzweiflung gepackt, zum äußersten ge-
 trieben werden, wenn die Fenster scheiben klirren — — — Meint
 man dann, mit den Schießprügeln der Schupo der Dinge Herr
 werden zu können? Es scheint bei uns Kabulistik zu geben, für die
 schon lange kein Arbeiterblut mehr geflossen ist, und es ist schon rich-
 tig, daß wir gewissenlose Drahtzieher haben, die es gar zu gern
 sehen, wenn z. B. der sozialdemokratische Polizeiminister Preußens,
 Severing, die Sünden einer falschen Wirtschaftspolitik ausbaden
 und die Schupo auf Arbeiter, aus denen er hervorgegangen ist und
 zu denen er gehört, schießen lassen muß. Man hätte so — die ver-
 hassten Arbeiter und den gehähten Severing — zwei Fliegen mit
 einer Klappe geschlagen. Will man diesen Weg gehen? Man
 würde Friedhofsrube in Deutschland schaffen. Aber hinter dieser
 Ruhe lauert das Chaos und gähnt der Abgrund.

500 Millionen Mehrbelastung.

Die Armen zu viel, der Besitz zu wenig.
 Am 30. September ist die Hälfte des Steuerjahres 1925/26 ab-
 gelaufen. Aus den Ausweisen des Reichsfinanzministers ergibt sich,
 daß das Reich in sechs Monaten rund 1/2 Milliarde Mark mehr an
 Steuern und Abgaben eingenommen hat, als im Voranschlag vor-
 gesehen war. Wir geben die ganze Entwicklung in großen Zügen
 durch folgende Aufstellung wieder:

	Vom 1. April bis 30. Sept. 1925	Vorananschlag für 1. April bis 30. Sept. 1925
	(in Millionen Reichsmark)	
Gesamteinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben . . .	3584	3171,5
Davon sind:		
Fortdauernde Steuern . . .	2572,6	2371,5
Einmalige Steuern . . .	24,4	33
Verpflichtete Zölle und Verbrauchsabgaben . . .	932	712,6
Anderer Zölle und Verbrauchsabgaben . . .	54,1	44,7

Die Mehreinnahmen betragen also für die Zeit vom 1. April bis 30. September 125 412,5 Millionen Mark. Es ist also in einem halben Jahr fast eine halbe Milliarde mehr an Steuern und Zöllen aus der Wirtschaft herausgeholt worden, als beabsichtigt war. Was das für eine Wirtschaft, die unter Knappheit an flüssigen Mitteln leidet, bedeutet, liegt auf der Hand.

Ein andres Bild ergibt sich, wenn man feststellt, aus welchen Steuern die Mehreinnahmen gezogen worden sind. Wir geben darüber folgende Zusammenstellung:

Es erbrachten mehr:	Es erbrachten weniger:
Einkommensteuer, insbesondere Lohnabzug 335 Mill.	Vermögenssteuer . . . 167 Mill.
Umsatzsteuer 60	Körperschaftsteuer . . . 57
Beförderungsteuer . . . 33	Erbchaftsteuer 4
Zölle 88	Börsenumsatzsteuer . . . 22
Tabaksteuer 44	Obligationssteuer . . . 17
Zuckersteuer 52,5	
Biersteuer 57	

Man muß wissen, was diese Zahlen bedeuten. Die Steuern, die mehr erbracht haben, als vorgesehen war, sind Steuern, die durchweg durch die Massen aufgebracht werden müssen; sie belasten, wie z. B. die Zölle, der Lohnabzug und die Umsatzsteuer, vor allem die Lebenshaltung des Arbeiters, des Beamten und des Angestellten. Wie hart hier der Steuerdruck war, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß sie 20 bis 30 Prozent über den Voranschlag hinaus an Erträgnissen erbrachten. Dagegen weisen die Steuern, die den Besitz treffen sollen, so z. B. die Vermögenssteuer, die Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer der Erwerbsgesellschaften durchweg Mindererträgnisse auf. So erbrachte z. B. die Vermögenssteuer fast 65 Prozent weniger als man erwartet hat. Durch die überhöhten Tarife und Sätze für die Steuern, die die Massen aufbringen, sind die Armlisten der Armen in unerhörter Weise zur Steuerleistung herangezogen worden, während man den Besitz geschont hat. Die Massen haben tatsächlich durch Lohnabzug, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchsabgaben die Ausfälle der Steuern von Vermögen und Besitz gedeckt.

Es ist selbstverständlich, daß schon in allernächster Zeit diesen Tatsachen die ein Skandal erster Ordnung sind, durch eine Revision der Tarife und Sätze Rechnung getragen werden muß. In Frage kommt vor allen Dingen eine Erleichterung in der Lohnabzugssteuer und die Befreiung der Umsatzsteuer; außerdem muß der Forderung nach Herabsetzung der autonomen Zölle und der Verbrauchsabgaben Rechnung getragen werden. Durch die gegenwärtige Steuerpolitik, die wir schon bei Beratung der Steuergesetze im Frühjahr dieses Jahres als Verbrechen gekennzeichnet haben, wird ohne Zweifel gerade die Kaufkraft der Massen, die die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist, weiter gedrosselt. Schon im Interesse der Behebung der Wirtschaftskrise muß das Steuerrecht endlich aufgehoben.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Breslau (Steinseger). In Großkunzendorf und Oberpölla (Schlef.) bei der Fa. Thust. In Leipzig (Steinmeyer). In Schle-
 sien Aussperrung der Steinseger, Kammer und Hilfsarbeiter. In Wildemann (Betrieb der Firma Wegener, früher Kappel).

Gesperri: In Tröbau Betrieb der Firma Kammerer. Zugang ist fernzuhalten außer den obengenannten Orten, in denen Streik oder Betriebsperre zu verzeichnen ist, aus dem Odenwald-Granitbezirk. Die dortigen Unternehmer in der Berg-
 stein- und Pflastersteingruppe verlangen Abbau der Tariflöhne ab 15. Oktober.

Ueber die Wirkung und den Verlauf der örtlichen Betriebsperren muß der Redaktion mindestens 2-wöchentlich Bericht gegeben werden, sonst unterbleibt die weitere Veröffentlichung.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsbeklemmung die Arbeitslosigkeit größer wird!

Der Streik in der schlesischen Marmorindustrie geht unvermindert weiter. Die meisten der von der Firma angelockten oder durch Beeinflussungen zur Arbeitsaufnahme gezwungenen Arbeiter haben der Firma wieder den Rücken gekehrt. Die Firma verläßt nun mit allen Mitteln und unter Zuhilfenahme der Arbeitsnachweise, die leider allzu willig helfen, neue Streikbrecher heranzuziehen. Nicht zuletzt bereiten ihre Agenten auch das Ausland. Selbst ungarische Arbeiter wurden angelockt, doch diese bekamen sozial Solidaritätsgesühl, sofort wieder abzureisen. Für die Kollegen dürfte von Interesse sein, zu erfahren, daß sich selbst Gerichte und Behörden der Firma zur Verfügung stellen, um die Arbeiterkämpfe niederzuzwingen. So verläßt der Gemeindegewerkschaftsleiter in der Druzel auf Veranlassung der Direktion der C.B.Z. getan hat!

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber: „... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten. — die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Anstiftung zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“ Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau energisch wahrgenommen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.

vorsteher von Groß-Kunzendorf, der Firma Arbeitslose zu-
 weisen, mit der Ankündigung, daß bei eventueller Weigerung keinerlei Erwerbslosenunterstützung bezahlt würde. Der Bahnpost-
 streicher in Groß-Kunzendorf gestaltet den ankommenden Streikbre-
 chern, auf der verkehrten Perronseite auszustiegen und über
 die Geleise zu laufen, damit sie von Streikposten oder Streikenden
 nicht an ihre Solidaritätspflicht erinnert werden können. Vielleicht
 nimmt sich die zuständige Reichsbahndirektion darum an. Der Land-
 jäger Scharf in Groß-Kunzendorf ist unter Mißbrauch seiner Amts-
 gewalt der Firma behilflich, Streikbrecher zu finden und zu halten
 oder die Streikenden zu verdächtigen. Wie uns berichtet wird, hat
 dieser Landjäger durch Drohungen einen jungen Arbeiter gezwungen,
 wahrheitswidrige Angaben gegen die Streikenden zu machen, um
 letztere zu verdächtigen und deren Stellung zu verschlechtern. Da
 sich der zuständige Gemeinde- und Amtsvorsteher unseres Erachtens
 nicht objektiv gegen die streikenden Parteien verhalten kann, wäre
 es Zeit, daß der Landrat des Kreises Neisse nach dem Rechten sieht,
 doch auch das getraut man sich bei der dominierenden Stellung der
 Firma Thust im dortigen Kreise nicht zu hoffen. Nun hat das
 Landgericht Neisse auf Grund wahrheitswidriger, aber trotzdem in
 eideschwörender Form abgegebenen Behauptungen durch Streikbrecher
 und Angehörige der Firma, über angebliche Bedrohungen der
 „Arbeitslustigen“ durch die Streikenden, eine einstweilige Verfü-
 gung gegen ein Mitglied der Streikleitung erlassen, wonach es
 diesem oder anderen verboten wird, Streikposten aufzustellen. Da
 die laut Gesetz hierzu bedingten Voraussetzungen in keiner Weise
 gegeben sind, fehlt dieser Verfügung jede rechtliche Grundlage! Bezeichnend ist es,
 daß das Landgericht auf vage Vermutungen und Verdächtigungen sofort
 reagiert, sofern es gilt, gegen die um ein größeres Stück Brot
 kämpfenden Arbeiter vorzugehen. Es ist ausgeschlossen und wir ver-
 suchen es deshalb auch gar nicht, eine derartige Verfügung gegen
 die Firma zu erreichen, wozu tatsächlich sehr viel Gründe vorhanden
 wären. Die Arbeiterkämpfe weiß zu gut, welche Art von Rechts-
 spruch heute in Deutschland und insbesondere im schlesischen
 Rom herrscht. Wäre bei den Gerichten Objektivität vorhanden,
 dann müßten sie es als „unbillig“ bezeichnen, wenn die Firma
 Thust Arbeiter zu zwingen versucht, bei einem Stundenlohn
 von 40 Pfennig zu vegetieren. So aber sieht man es nur
 als unbillige Handlung an, wenn Streikende versuchen, irge-
 währte oder moralisch verkommene Proleten vom Streikbruch fern-
 zuhalten. Um aber der Firma über all das hinaus noch zu helfen,
 beordert man ein größeres Kommando Schupo an den haupt-
 sächlichsten Streikort, obwohl auch nicht der geringste Anlaß dazu
 vorhanden ist, da die Streikenden nur im gesetzlichen Rahmen vor-
 gehen. Wahrscheinlich werden, wie vor drei Jahren, auch bald
 wieder Maschinenengewehre aufgezahren werden. Trotz allem wird
 sich die Arbeiterkämpfe nicht provozieren lassen, sondern im Bewußt-
 sein, einen durch die Hungerlöhne aufgezwungenen Kampf zu
 führen, mit gewerkschaftlichen Mitteln weiterzukämpfen.

Oberaula. Gau IV. Die Lutherische Preisabbaunaktion mar-
 schiert auch in Oberaula. Dort sind die Affordjäge einfach um zirka
 10 Prozent reduziert worden, und zwar ohne daß sich deswegen Ver-
 handlungen nötig gemacht haben. Den im Steinbruchbetrieb be-
 schäftigten Kollegen ist einfach durch Anschlag bekanntgegeben, wie
 hoch künftighin die einzelnen Affordjäge stehen sollen. Allerdings
 war das nur bei dem dort vorliegenden Indifferentismus der
 Steinreicher usw. möglich; denn von den rund 200 be-
 schäftigten Kollegen sind nur vereinzelte organi-
 siert. Die Sparpolitik der betreffenden Kollegen, nämlich, den
 wöchentlichen Verbandsbeitrag auf der Sparkasse zinstragend anzu-
 legen, hat wunderbare Früchte getragen, indem der Wochenverdienst
 durch die Lohnreduzierung um rund 5 Mk. verkürzt worden ist! Ob
 die betreffende Firma nunmehr auch eine Reduzierung ihrer Preise
 den Abnehmern der Pflastersteine offeriert hat? — Wie weit eine
 etwa notwendige Preisreduzierung der Steinmaterialien auf die

Steinbruchbetriebe drückend wirken würde, war anlässlich eines Stadt-
 verordnetenberichts in Kassel zu sehen. Nach diesem Bericht soll
 seitens des Magistrats in Kassel und zur Begründung eines Nach-
 tragsetats auf die Steigerung der Lohnsätze und der
 Steinpreise hingewiesen sein. Nach dem Bericht sollen
 die Lohnsätze der Arbeiter seit Kriegsbeginn bis heute um 75 Pro-
 zent gestiegen sein, während die Kleinpflastersteine sich
 von 3.50 Mk. auf 9.50 Mk. steigerten! Der fragliche Be-
 richt stand in der „Kasseler Post“, einem gewiß unerschütterlichen bür-
 gerlichen Blatt, welches ganz im „vaterländischen“ Sinne geschrie-
 ben wird.

Im Brecherbetrieb in Oberaula — C.B.Z. — scheint
 sich zur Zeit der Betriebsleiter in recht unliebsamer Weise bemer-
 bar zu machen. Um sich die notwendige Nahrung zu verschaffen,
 nimmt er sich ab und zu einen seiner Arbeiter heraus, packt ihm beim
 Genid, schüttelt ihn tüchtig ab, und dann gibts was an den Schädel!
 Allerdings ist der Versuch zunächst bei einem jugendlichen Ar-
 beiter unternommen worden, denn an einen volljährigen wird sich
 der gute Mann wohl nicht heranwagen. Immerhin hätte dieser freche
 körperliche Angriff recht böse Folgen haben können, denn der junge
 Arbeitskollege hatte sich vor ganz kurzer Zeit erst am Obe-
 rieren lassen müssen. Unieren Arbeitskollegen wäre es schon ange-
 nehmer, anstatt Prügel einen besseren Frühstücksraum, der den ge-
 setzlichen Bestimmungen entspricht, zu bekommen. In einem Speise-
 raum, in dem knapp 15 Mann sich bewegen können, sollen zirka
 30 Mann ihre Mahlzeiten einnehmen. Erwählter Betriebsleiter
 verweigert zudem die Erwärmung dieses Unterkunftsraumes
 während der Arbeitszeit. Das sollen die Arbeiter während ihrer
 Erhaupe vornehmen. Es wäre Aufgabe der C.B.Z., diesen ihren
 Betriebsleiter zu instruieren, andernfalls wir gezwungen sind, der
 Gewerbeinspektion Anzeige zu erstatten. Dem
 Schreiber dieses, der anlässlich einer Agitationstour die Besichtigung
 des Steinbruchbetriebes in der Druzel (Kassel) verweigert
 wurde, und zwar auf besondere Anweisung der Verwaltung der
 C.B.Z., erscheint es nunmehr recht verständlich, warum man keinen
 Organisationsvertreter sehen will. Es scheint in den Betrie-
 ben manches nicht in Ordnung zu sein, darum Be-
 sichtigungsverbot! Der Betreffende wollte sich zudem aus
 beruflichen Gründen den Steinbruchbetrieb ansehen und
 hatte sich ausdrücklich deswegen angemeldet. Schadet nichts, der
 Kerl muß rausgeschmissen werden. Vielleicht schmeißen künftighin
 die Steinseger gleichfalls das minderwertige Pflasterma-
 terial, das mit angeliefert wird, heraus. Die Steinseger kennen
 recht wohl die Anlieferungsverordnungen und hätten schon recht oft
 Veranlassung gehabt, sich genau so im Rauschmeißen zu üben, wie
 es der Betriebsleiter in der Druzel auf Veranlassung der Direktion
 der C.B.Z. getan hat!

Gerbstedt. Da vorstehend nun einmal vom Prügeln und
 Rauschmeißen geschrieben wird, so wollen wir noch einen weiteren
 und ähnlich gelagerten Fall, und diesmal aus der Gruppe der Stein-
 seger, schildern. In einer Ortschaft Gerbstedt (Mansfelder Seekreis)
 ist ein Steinsegermeister Hartenthal, der sich im Prügeln übt. Ein
 Steinseger, der sich erlaubte, eine andere Ansicht wie genannter
 Steinsegermeister zu haben, erhielt als Belohnung dafür eine runter-
 gehauen, daß er zunächst meinte, ein Weiler sei vom Himmel ge-
 fallen. Allerdings revidierte sich dieser Steinseger. Nachdem er
 sich überzeugt, wer der „Wohltäter“ war, gab er es ihm mit Zinsen
 wieder zurück. Wenn fraglicher Unternehmer genau so schlagfest in
 der Durchführung des vorliegenden Tarifvertrags wäre, so wäre
 jedenfalls unjeten Verbandskollegen mehr geholfen, als durch seine
 handgreiflichen Badenschläge. Annähernd die Hälfte seiner Arbeit-
 nehmer wird unter den Tariflöhnen entlohnt. Als Raubube wird
 ein Bretterverschlag benutzt, der zur Not zur Einstellung des Hand-
 werksgeräts dienen, aber durchaus nicht als Frühstücksraum benutzt
 werden kann. Der Gauleiter Göhre versuchte im Beisein des Be-
 triebsohmannes diese Mißstände abzustellen und mit dem Steinse-
 gernermeister Hartenthal zu verhandeln. Aber da kamen beide
 bei dem schlagfertigen Handwerksmeister an die richtige Adresse.
 In einem Tone, der Häuser einstürzen könnte, brüllte er unsere
 Kollegen an und machte selbstredend von seinem Hausrecht grund-
 liche Gebrauch. Badenstreichs gabs zwar diesmal nicht, aber es hatte
 den Anschein, daß es auch nicht weit davon war. Na, zunächst haben
 wir uns mit der Polizei in Verbindung gesetzt und gefordert, daß
 diese die vorliegenden Mißstände, und zwar auf Grund der ein-
 schließlichigen Gesetzgebung abstellt. Allerdings gibts
 auch ein kürzeres und präziser wirkendes Mittel, nämlich die Orga-
 nisation dermaßen auszubauen, daß Unternehmerteis nicht nur die
 Sabotage bestehender Tarifverträge ausgetrieben, sondern ihnen
 nachdrücklich und dauernd die Bearbeitung von Schädeln abge-
 wöhnt wird.

Steinarbeiter.

Rammelsbach. Mitgliederversammlung am 11. Oktober. Der
 Kassierer Kausch gab zum ersten Punkt der Tagesordnung die
 Abrechnung vom 3. Quartal, sie wurde von der Versammlung an-
 erkannt. Zu Punkt 2, Lohnpolitik der Unternehmer, kritisierte
 Bezirksleiter Gras zunächst den schlechten Versammlungsbesuch.
 In der kommenden Zeit brauchen wir Geschlossenheit der Gewerk-
 schaft, das beweist der von Unternehmerteis gekündigte Reichs-
 arbeitsvertrag. Denn hier handelt es sich um die wichtigsten Er-
 werbsbedingungen im Arbeitsverhältnis, wie Arbeitszeit, Ferien und
 Gehaltsfrage. Der Bezirksleiter kam dann auf den von uns ge-
 kündigten Lohnstarif zu sprechen, und rügte die Taktik der Unter-
 nehmer, weil bis heute noch kein Termin zur Neuverhandlung be-
 kannt ist, obwohl der Tarif schon am 30. September abgelaufen
 war. Unter Punkt Verschiedenes behandelte Gras die Wichtigkeit
 der Extrasteuermarken, weil hier über den Verkauf derselben
 Schwierigkeiten entstanden sind. Jedoch kam die Versammlung zu
 dem Entschluß, diese anzuerkennen, aber unter der Bedingung, daß
 von oben herunter das Sparsystem angewandt wird. (Redaktion:
 Was soll denn nur eine solche „Bedingung“? Da ist es doch viel
 wichtiger, „oben“ des näheren zu schildern, wo gespart werden kann.
 Im übrigen sind die Extrabeiträge Pflichtbeiträge, an deren
 Leistung nur die Bedingung zu knüpfen wäre, daß sie auch wirk-
 lich von allen ohne Ausnahme bezahlt wird.) Zur Bezirks-
 konferenz nach Kaiserslautern wurde Kollege Lud. Faust 2 gewählt.
 Die Versammlung wurde alsdann geschlossen.

Eigershausen. Am 4. Oktober fand unsere Monatsversammlung
 statt mit umfangreicher Tagesordnung. Der Vorsitzende, Kollege
 Peter, erläuterte den Berichten ihre Organisationsaufgaben,
 indem er das Thema behandelte: „Gewerkschaften und das Unter-
 nehmerium.“ Letzteres würde sich sehr freuen, wenn die Organi-
 sationsflaute, wie nach dem Streik in Eigershausen, weitere
 Kollegenkreise erfaßt. Statt, daß die örtlichen Kollegen aus dem
 verlorenen Kampf lernen, den kommenden richtig und mit Erfolg
 zu führen, werden sie zum Teil flau, ängstlich und gleichgültig.
 Keiner will sich zum Amt eines Betriebsrates wählen lassen — Be-
 triebe Druzel und Hirschstein — keiner übernehme die Platz-Beitrags-
 fälligkeit. Diese Zustände liegen im Interesse der Unternehmer.
 Mit einem Hinweis auf Veränderung dieses Zustandes und Rücken-
 stützung der eifrigen Kollegen schloß Peter seine Darlegungen. Die
 Kollegen Schmidt, Schreiber und Barthel unterstützen
 Peters Ausführungen, geben aber die Schuld an den Zuständen den
 Angestellten der Gewerkschaften, sie wünschen einen Einheitsverband,
 als wenn es dadurch besser würde. Der Vorsitzende Peters stellt das
 Unlogische dieser Forderung fest. Die Mitglieder bilden den Verband,
 und wo diese verlangen, könne dem Verband und seinen Angestellten
 kein Vorwurf gemacht werden. Dann wurde zum Verhalten von
 acht Kollegen Stellung genommen. Nach längerer Aussprache wur-
 den davon sechs als ausgeschlossen erklärt. Der Beschluß wurde ein-
 stimmig gefaßt. Nach Erledigung rein örtlicher Vorgänge wurde
 die Versammlung beendet.

Steinseger und Pflasterer.

Konferenz der Steinseger- und Pflasterer. Am 14. Ok-
 tober tagte im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Konferenz
 der Steinseger Schlesiens, welche sich in der Hauptsache mit der von
 dem schlesischen Arbeitgeberverbande erfolgten Aussperrung der

Richard Seidel: Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Preis Ganzleinen 6 Mark. Durch die 1918 eingetretene Aenderung der Staatsform und der sozialen Machtverhältnisse erwachsen auch den Gewerkschaften neue Probleme, die eine grundlegende Aenderung ihres Aufgabenspektrums bedingten. Richard Seidel behandelt sie in seinem soeben im Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin, erschienenen Buch „Die Gewerkschaften nach dem Kriege“ und läßt dadurch sein lange erwartetes Werk zu einem Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden, das die Entwicklung der Gewerkschaften seit 1918 darstellt. Wenn es sich hier auch nicht um eine historische Darstellung im streng wissenschaftlichen Sinne handelt, so wird doch in reichem Maße auf die Ereignisse seit 1918 Bezug genommen, insbesondere soweit sie als stoffliches Gerippe den in den Kreis der Betrachtungen gezogenen Fragen zugrunde liegen. Wohl eines der bedeutendsten Probleme der Nachkriegszeit ist für die Gewerkschaften der Kampf um eine lebendige Wirtschaftsdemokratie. Wenn Artikel 165 der Reichsverfassung auch die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gesetzlich festlegt, so zeigt doch die folgende Entwicklung, wie wenig im Grunde ein Satz der Verfassung bedeutet, wenn ihm nicht tatsächliche soziale Machtverhältnisse Leben verleihen können. In der Aenderung der sozialen Struktur der Gesellschaft steht Seidel aber gerade die Aufgabe der Gewerkschaften, während er der politischen Partei die Aufgabe zuweist, diese Veränderung in der Gesetzgebung zur Anerkennung zu bringen. Der Zeitraum vom November 1918 bis zur großen Wirtschaftskrise im Herbst 1923 und zur Wiederkehr der stabilen Währung wird als eine scharf umrissene Epoche der gewerkschaftlichen Entwicklung mit all ihren Kämpfen lebendig geschildert.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Würdigung des Seidelschen Buches all die Fülle von Problemen auch nur aufzuzählen, die vom Verfasser, gegründet auf die intime Kenntnis der Tatsachen, in vorzüglicher Darstellung behandelt werden. Es sei nur noch auf die bedeutendsten Kapitel über „Sozialpolitik und Gewerkschaften“, „Verfassungstragen der Gewerkschaften“ und „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ hingewiesen, um annähernd zu zeigen, wieweit umfangreichen Stoff dieses verdienstvolle Buch behandelt. Es ist selbstverständlich, daß auch die Fragen der Gewerkschaftsinternationale und die Probleme der Beamten- und Angestelltengewerkschaften ihrer großen Bedeutung entsprechend eingehend gewürdigt werden.

Seidels Buch muß jeder im Wirtschaftsleben stehende gelesen haben. Daß es für den Gewerkschafter unentbehrlich ist, bedarf keiner besonderen Betonung, zumal wir es hier mit einem Buch zu tun haben, das nicht nur Geschickliches würdigt, sondern zugleich neue Wege weist.

Anzeigen

Berlin. Berlin.

Alle Berufsgruppen der Zahlstelle

am Montag, dem 2. November, abends 6 Uhr, Vierteljahrsversammlung im Gewerkschaftshaus (Großer Saal). Tagesordnung: Abrechnung — Tariffragen — Verschiedenes. Die Kollegen werden dringend ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. I. A.: G. Nitsche.

Steglitz.

Am Sonntag, dem 1. November 1925, vorm. 9 1/2 Uhr, findet bei Schellhaase, Ahornstraße 15, unsere Monats-Versammlung statt. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Werkzeugschmied

verheiratet, erfahren in jedem Steinbruchbetrieb, sucht dauernde Stellung, möglichst mit kleiner Wohnung. Gefl. Offerten befördert die Schriftleitung.

1 Steinmetz

der Kunststein bearbeiten kann, sofort gesucht. Otto de la Rol Flensburg, Mathildenstraße 11.

Tüchtige Schleifer

für Granit und Syenit zu möglichst baldigem Eintritt auf dauernde Arbeit gesucht. Für Ledige gute Unterkunft vorhanden. Granitwerke Künzi & Scheder G.m.b.H. Schwarzenbach a. S. (Bayern).

Achtung, Steinarbeiter, Steinsetzer und Berufsgenossen!

Taschenkalender 1926

für die Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter

Preis c. 1 Mk. Zu beziehen vom Verbandsvorstand.

Es ist nur eine beschränkte Auflage vorgesehen, deshalb können spätere Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden. Richtig ist, wenn die Zahlstellen Sammelbestellungen aufgeben. Der Inhalt des Taschenkalenders wurde den gewerkschaftlichen Aufgaben des Steinarbeiterverbandes angepaßt, er wird daher den Mitgliedern ein willkommener Leitfaden im Verbandsleben sein.

Dreidraht-Lederhose

Veranlassen Sie bei Ihrer Zahlstelle einen Sammelauftrag! Vier Wochen Kredit, ohne jede Anzahlung! Fordern Sie Muster! Fritz Müller, Arbeiter-Konfektion, Niederoderwitz i. Sa.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingekauft werden. In Mellenbach am 4. Oktober der Schiefmeister Louis Ludwig, 52 Jahre alt, an Blutvergiftung. In Dessau am 12. Oktober der Steinsetzer Ernst Niekemann, 63 Jahre alt, Schlaganfall. (Die Zahlstelle verliert in ihm eines ihrer verbandstärkenden Mitglieder; seit Gründung der Zahlstelle angehörig, war der Kollege Niekemann ein vorbildliches Mitglied. Die Zahlstelle wird diesen Wadenern immer im Gebeten haben.) In Kirchhain am 15. Oktober der Granitsteinmetz Karl Engelhardt, 19 Jahre alt, Lungenerkrankung. In Speichersbrunn am 15. Oktober der Griffelmacher Karl Linß, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose. In Mittweida am 19. Oktober der Brecher Otto Vogelgang, 55 Jahre alt, Betriebsunfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Steinsetzer beschäftigt. Als Vorsitzender der Konferenz wurde Kollege Kotiera-Breslau und als Schriftführer Kollege Simon-Breslau gewählt. Kollege Schulte gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Kampfes, der, von dem Streik der Breslauer Steinsetzer ausgehend, von den Arbeitgebern mit der allgemeinen Aussperrung beantwortet wurde. Dabei stellte er fest, daß die Breslauer Kollegen mit dem voreilig gefaßten Beschlusse der Arbeitsniederlegung der Sache nicht im besonderen dienlich waren. Jetzt aber, da die Arbeitgeber die Aussperrung über den ganzen Tarifbezirk ausdehnen ließen, änderte sich die Situation. Allerdings haben die schlesischen Arbeitgeber durch ihre sonderbare Behandlung der Lohnregelung dazu beigetragen, daß letzten Endes jede Vermittlung erfolglos sein mußte. Die in Schlesien von den Arbeitgebern beliebte Tarifpolitik, die Jahr für Jahr die Kündigung des Tarifvertrages vorsah und keine Ruhe eintreten ließ, hat zu den jetzigen Verhältnissen beigetragen. Die Verhandlungen zur Regelung der Lohnfrage müssen früher oder später doch trotz allem erfolgen und dabei ist in Frage zu ziehen, ob nicht gleichzeitig eine Regelung des von den Arbeitgebern wiederum geforderten Lohnniveaus erfolgen kann. Uebergehend zu dem Umfange der Aussperrung wurde bemerkt, daß in allen auf der Konferenz vertretenen Zahlstellen einschließlich der Kollegen Breslaus 350 Kollegen im Kampfe stehen. Eine große Anzahl Kollegen konnte auswärts untergebracht werden, desgleichen arbeiten in den verschiedenen Bauhütten ein ganze Anzahl. In der Diskussion wurde besonders betont, daß in den verschiedensten Städten durch die Aussperrung die Regiarbeit wieder mehr Eingang finden werde. So leicht wie vor dem Kriege lassen sich heute Aussperrungen der Steinsetzer nicht mehr vornehmen. Heute haben auch die Arbeitgeber wesentliches zu verlieren. Betont wurde, daß die Kollegen geschlossen und einheitlich zusammenstehen müssen, dann werde man auch diesen Kampf zu einem günstigen Abschlusse bringen. Beschlissen wurde, daß die Polizei ebenfalls die Arbeit mit einzustellen haben, soweit sie nicht reine Erdarbeiter leiten. In Breslau haben zwei Firmen einen Lohn von 1.40 Mk. für Steinsetzer und 1.20 Mk. für Hammer, für die Hilfsarbeiter den Tiefbauarbeiterlohn schon bewilligt. Ein Beweis, daß die Löhne wirtschaftlich tragbar sind. Bei allen sich nicht an der Aussperrung beteiligenden Firmen wird die Arbeit zu den alten Lohnsätzen weiter geführt. Unter Verschiedenem wurde die Lehrlingsfrage ausgiebig erörtert und dabei festgestellt, daß eine ganze Reihe Firmen die von der Handwerkskammer festgelegte Zahl der Lehrlinge wesentlich überschritten haben. Die in dieser Frage gemachten Anregungen werden ausgewertet werden müssen, um auch da zu günstigen Verhältnissen zu kommen.

Rundschau.

Die Ausgetretenen. In den Reihen der Arbeiterschaft haben wir heute noch allzuvielen, die aus diesem oder jenem Grunde „ausgetreten“ sind. Sehr oft, weil die Verbände „nichts gemacht“ haben. Oder sie haben nicht genug getan. Obwohl die Arbeitgeber immer wieder gegenteilig behaupten, die Gewerkschaften hätten seit der Revolution einen geradezu „unheilvollen Einfluß auf die Regierung“ ausgeübt. Und die Unternehmer wären es, die sich immer hätten „fügen müssen“.

Sei dem, was es sei. Auch die Unternehmer haben ihre Verbände, sind dort Mitglied und zahlen nicht geringe Beiträge: Arbeitskollege, der Du solange schon ausgetreten bist, hast Du schon einmal einen Unternehmer kennen gelernt, der aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten wäre, weil derselbe „nichts oder nicht genug für ihn getan hätte...“? Nein, das gibt es nicht. Obgleich die Arbeitgeberverbände stets behaupten, sechs volle Jahre unter dem Druck der Gewerkschaften gestanden zu haben, — ausgetreten ist keiner! Die haben gewußt, warum nicht! Und Du?

Das ist die Wunde der deutschen Arbeiterschaft. Der Unternehmer tritt aus seinem Verband höchstens dann aus, wenn er sich selbst so stark fühlt, daß er in seinen Betrieben die Arbeiter allein noch mehr in Lohn und Arbeitszeit drücken kann. Bei uns das direkte Gegenteil. Nicht der hält sich von der Organisation fern, der infolge höchster Tüchtigkeit und Intelligenz eventuell ohne Organisation einen anständigen Lohn erzielen kann, sondern sie sind es, die sich zu schwach fühlen, eine Lohnbewegung auf eigene Faust zu führen. Willst Du trotzdem die Kraft und Stärke der Organisation nicht erhöhen...?

Bernisgefahren. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 19. Oktober im Steinbruch Steinert-Mittweida. Der Steinbrecher Otto Vogelgang aus Niederhain stürzte aus einer Höhe von 5 Metern herab. Er war mit Ausbrechen des Gesteins beschäftigt. Das Seil, an dem er vorwärtsmäßig befestigt war, wurde durch herabfallendes Gestein zerschnitten. Durch den Sturz erlitt der Kollege Vogelgang derartige Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ob die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen dabei berücksichtigt worden sind, wird die Untersuchung ergeben.

Gegen das Ueberstundenunwesen. Trotzdem die Arbeitslosigkeit steigt, steht das Ueberstundenunwesen in einzelnen Industrien nach wie vor in hoher Blüte. Von einem Werk in Duisburg wird berichtet, daß dort bei einer Belegschaft von 5800 Mann im Monat Juli 51 000 Ueberstunden geleistet wurden. Jeder Arbeiter hat also im Durchschnitt im Monat Juli neun Ueberstunden geleistet. Mehr als 200 Arbeiter hätten neu angelegt werden können, wenn diese Ueberstunden von der betreffenden Belegschaft nicht geleistet worden wären. Wie es hier bei dem Duisburger Werk liegt, wird es auch noch in anderen liegen. Wenn doch die Arbeiter bedenken wollten, einen wie großen Fehler sie mit der Leistung von Ueberstunden begehen. Die Unternehmer können bei Lohnverhandlungen mit hohen Verdiensten prunken und die Arbeiter beweisen selbst, daß sie nicht kürzer, sondern länger zu arbeiten gewillt sind.

Abbau der Unternehmerartikelle! Das ist die neueste Parole der Unternehmer. Sie wird zu dem Zwecke in die Welt hinausposaunt, um die Öffentlichkeit von dem Wirken der Unternehmerartikelle abzulenken. So erklärte bei den letzten Lohnverhandlungen der nordwestlichen Gruppe des Vereines Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Herr Dr. Klönne u. a. folgendes: Die Unternehmer wären bereit, ihre Kartelle abzubauen, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits das mächtige Kartell der Arbeit, wie es sich in den Gewerkschaften zeige, abbauen würden. — Hier wird von einem mächtigen Kartell der Arbeit gesprochen, obwohl man öfter das Gegenteil in den Unternehmerzeitungen lesen konnte, nämlich, daß die Gewerkschaften gar nicht das Recht hätten, im Auftrage aller Arbeiter zu sprechen, da ein großer Teil derselben garnicht den Gewerkschaften angehöre. Doch sei dem wie ihm wolle, die doppelt und dreifach organisierte Industrie will den Abbau der vermeintlichen Unternehmerartikelle. Es braucht hier nicht auseinanderzusetzen zu werden, daß die Gewerkschaften gar keinen Vergleich mit einem Unternehmerartikelle oder gar einem Syndikat aushalten. Dennoch sind sie schon in ihrer losen Organisationsform gefährdet, wenn sie kraftvoll die Interessen der Arbeiter vertreten. Freuen wir uns dessen! Die Antwort aller Arbeitnehmer auf das Angstgeschrei der Unternehmer muß sein: Hinein in die Gewerkschaften, damit sie sich erst zu einem wahren Kartell der Arbeit entwickeln können.

„Das gesunde Kapital“. Das Kapital wird in Deutschland sehr „gesund“. So kann man es wenigstens in einem Artikel lesen, den ein Ingenieur unter obiger Ueberschrift sandte. Nach allerhand geistigen Verrentungen polemisiert der Herr zum Schluß gegen die Mietzinssteuer, wobei folgender Witz verzapft wird: „... Bringt nicht die Wirtschaft allein die Mietzinssteuer auf. Gehören nicht die Mietzinssteuern der Wirtschaft als Lebenssaft. Würden die Mietzinssteuern in der Wirtschaft nicht 100 mal soviel Wohnraum schaffen, wie die famose öffentliche Hand, in der alles verschwindet? Sind Mietzinssteuern nicht eine wüste Kapitalzerstörung?“

Wenn die Mietzinsen dem Hauseigentümer gelassen würden, so würde auch das Hauskapital wieder zur Geltung kommen. Eine Mark Mietzinssteuer ergibt 10 Mark Kapital. Dieses Kapital

kann in der Wirtschaft arbeiten und das zehnfache schaffen von dem, was die Mietzinsen in der Hand der Wirtschaft, geschweige in der öffentlichen Hand, schaffen können.

In den Grundstücken stecken 200 Milliarden. Man gebe diese frei, dann gibt es keine arme Wirtschaft mehr, dann können alle, auch der Vermittler leben. Wenn die Mieten frei sind, wenn die Häuser Zinsen abwerfen und das Grundstückkapital wieder arbeitet, dann braucht sich die öffentliche Hand weder wegen Wohnungen, noch Arbeitslosen, noch Kapital Kopfschmerzen zu machen. Das ist die einfachste Kapitalerneuerung.

Also wenn die Milliarden, die in den Grundstücken stecken, freigegeben werden, „dann gibt es keine arme Wirtschaft mehr, dann können alle, auch die Vermittler leben.“ Schade, daß dieser Mann dieses Patent nicht schon früher erfunden hat, die soziale Frage wäre längst gelöst. Man sieht, mit welchen Begründungen und Mitteln heute Leute ihre volkswirtschaftlichen „Kenntnisse“ beweisen wollen.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Arbeitsmarktlage in Deutschland verschlechtert sich. Zwar ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht sehr erheblich, dennoch kann man eine ununterbrochene Verschlechterung seit Anfang August feststellen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1925 ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Die Zahl der Vollerwerbslosen betrug

Table with 2 columns: Date and Number of full-time unemployed. Data points: 1. Januar 1925: 535 529; 1. Juni 1925: 233 463; 1. Februar 1925: 593 024; 1. Juli 1925: 195 592; 1. März 1925: 540 460; 1. August 1925: 197 248; 1. April 1925: 465 761; 1. September 1925: 230 727; 1. Mai 1925: 319 656; 1. Oktober 1925: 265 566

Die 265 566 Vollerwerbslose am 1. Oktober spiegeln natürlich nicht den Grad der Arbeitslosigkeit überhaupt wieder. Daneben gibt es noch Erwerbslose, die aus irgend einem Grunde keine Unterstützung erhalten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland zur Zeit mit 750 000 beziffert. Eine hohe Zahl gesunder Menschen, denen das heutige Deutschland keine Beschäftigung zu vermitteln vermag. Sobald die Saisonindustrie (Baugewerbe, Landwirtschaft usw.) zu Entlassungen schreitet, wird die Arbeitslosenziffer sich noch mehr erhöhen.

Table with 2 columns: Region and Harvest yield in million double-centners. Data points: Europa (22 Länder): 350,4; Vereinigte Staaten und Kanada: 296,7; Asien: 99,2; Nordafrika: 29,3; Sowjetrußland: 180,0

Ernte-Ertrag 1924 insgesamt: 955,6; 444,8; 297,5; 566,8; 821,5; 347,2; 243,5; 518,6

Der Ernteertrag ist also durchweg als gut zu bezeichnen. Bei Weizen fehlen nur noch 7 Millionen Dtzr, um die Friedensproduktion von 1913 zu erreichen. Bei Gerste und Hafer werden sich die Ziffern für 1925 noch um etwa 15 Prozent erhöhen. Bemerkenswert ist an der Zusammenstellung, daß Rußland wieder als Getreideerzeugungsland in Erscheinung tritt. Hoffentlich kann das arbeitende Volk aller Länder an dieser günstigen Ernte profitieren.

Wer ist das meiste Gefrierfleisch? Der Wert des Gefrierfleisches wird noch in breiten Schichten der Bevölkerung verkannt. Obwohl dies von besten Tieren stammt und hygienisch einwandfrei ist, herrscht gegen den Genuß von Gefrierfleisch eine Antipathie. In der Regel wird es nur als Suppenfleisch gekauft. Und dennoch eignet sich dasselbe vorzüglich zum Braten. Der Nährwert des Gefrierfleisches gibt dem des deutschen Frischfleisches nichts nach. Es ist nun interessant, daß bei einer Umfrage bei Berliner Fleischgeschäften festgestellt wurde, daß das Hauptumsatzgebiet von Gefrierfleisch im Berliner Westen, also in den reichen Vierteln liegt. Die Arbeiterbezirke Berlins kaufen relativ weit weniger Gefrierfleisch als die begüterten Bevölkerungsschichten. Es ist nicht gerade auf, daß diese Feststellung gemacht wurde, denn dadurch könnte der Gedanke entstehen, als wäre die Arbeiterschaft in der Lage, nur das teure Frischfleisch zu kaufen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Ludwigshafen wurde der Steinmetz Jakob Müller wegen Unterschlagung von Unterstützungsgeldern; auf Antrag der Zahlstelle Lübeck der Steinsetzer Karl Block wegen Streikbruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Rochlitz i. Sa. Die Steinarbeiter Walter Stagner und Schmidt werden hierdurch ersucht, ihre Verpflichtungen in Rochlitz i. Sa. (Sporthaus Grunert) nicht zu vergessen.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 817, auf den Namen Fritz Küß, Steinsetzer, ausgehellt, ist abhanden gekommen. Buch ist unglücklich! Vor Mißbrauch sich hüten!

Winden. Der Steinsetzer Badt, in Winden aufgenommen, ist abgereist, ohne in der Zahlstelle und bei einigen Kollegen seine Verpflichtungen zu regeln. Die Verbandskollegen werden dringend ersucht, den Steinsetzer Badt auf das Vorstehende aufmerksam zu machen.

Adressenänderungen.

- 1. Gau (NW.): Buztehude. Vorl.: Wilhelm Bade, Neufloster 84. Post Buztehude. Kass.: J. Bohlmann jun., Postmoor, Post Hornburg, Niederelbe. — Effort. Kreis Harburg a. Elb. Vorl.: H. Tasche, Develgönne, Kreis Harburg. Kass.: W. Marquardt, Eindorfmoor bei Buztehude.
5. Gau: Köln. Gauleiter M. Kirß wohnt jetzt Severinstr. 156, I.
7. Gau: Kringell. Vorl.: Jos. Riedl, Sadereut, Post Büchelberg.

Briefkasten.

St. Jw. Wurde bereits im Steinarbeiter Nr. 32 behandelt; das andere ebenso in anderen Ausgaben. Sonst besten Gruß.

An Mehrere. Ausschüsse von Verbandsmitgliedern aus Anlaß rückständiger Beiträge können in besonderen Bekanntmachungen der einzelnen Zahlstellen nicht gebracht werden, das vollzieht sich automatisch nach dem Statut.

Sch. R. Zu der Zeit war ich erkrankt. Vertreter hatte zur Kürzung wohl seine Gründe. — Die Note über das andere ist erfreulich, das sonst gewünschte ist in unserer Forderung enthalten. — Ueber das andere gelegentlich; es gibt beides.

C. A. Wenn die Berichterstattung 2 Wochen auf sich warten ließ, kann nicht verlangt werden, daß sie nun sofort zum Abdruck gelangt. Letzteres geschieht nach der Reihenfolge der Einbringung.

Wiederholter Wunsch. Die Redaktion ersucht alle Mitglieder, denen Nieder und Sprüche aus dem früheren und jetzigen Berufsleben bekannt sind, um Abschrift und Zustellung von diesen. Selbstverständlich einschließlich Steinsetzer und Hammer. Jene Kollegen, die unsern Wunsch bereits nachgekommen sind, brauchen ihre Einbringung natürlich nicht wiederholen.

Man, Schm. Beitrag zur Steinammlung eingetroffen. Besten Dank.